

Wirtschaftsgespräche in Albanien  
(Tirana, 1. - 4. September 1986)

---

1. Vom 1. - 4. September 1986 weilte Botschafter Lévy, in Begleitung des Unterzeichneten und einer 10-köpfigen Gruppe von Geschäftsleuten unter Leitung der OSEC (Dr. ./.. Attila Agocs), zu Wirtschaftsgesprächen in Tirana (Annex I: Zusammensetzung der schweizerischen Delegation). Die albanische Delegation, welche an diesen Gesprächen teilnahm, wurde von Vize-Aussenhandelsminister Pajtim AJAZI geleitet ./.. (Annex II: Zusammensetzung der albanischen Delegation). Während seines Aufenthalts traf Botschafter Lévy zudem mit folgenden Persönlichkeiten zusammen:
  - Shane KORBECI, Aussenhandelsminister
  - Niko GJUZARI, Präsident der Plankommission
  - Ligor DHAMO, Präsident der Handelskammer
  - Sokrat PLAKA, Vize-Aussenminister
  - Limos MALAJ, amtierender Gouverneur der albanischen Staatsbank
- ./.. (Annex III: Programm der offiziellen Mitglieder der schweizerischen Delegation. Die Botschafter Lévy begleitenden Geschäftsleute absolvierten ab 2. September individuelle Einzelprogramme, welche zahlreiche Gespräche mit den jeweils zuständigen Vertretern der Handelskammer und Aussenhandelsunternehmen umfassten.)
2. Die schweizerische Delegation wurde sehr zuvorkommend behandelt. In allen Gesprächen wurde albanischerseits immer wieder auf den freundschaftlichen und korrekten Charakter der bilateralen Beziehungen, die Sympathie, welche Albanien für die Schweiz aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Haltung

in den internationalen Angelegenheiten hege, sowie den Willen der albanischen Regierung, die bestehenden Bande zwischen den beiden Staaten zu erweitern und zu vertiefen, hingewiesen.

3. Wie üblich eher mager sind die Angaben über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsperspektiven Albanien ausgefallen. Obschon nicht direkt zugestanden, scheint die Wachstumsdynamik der Wirtschaft in den letzten Jahren erheblich an Schwung verloren zu haben. Im 1985 abgeschlossenen Planjahr fünf (1981-85) - dem ersten Fünfjahresplan, den Albanien ohne ausländische Hilfe durchführte (Bruch mit China 1978) - soll das Sozialprodukt um + 18 %, die Industrieproduktion um + 26 % und die landwirtschaftliche Erzeugung um + 13 % gesteigert worden sein. Damit wurden die entsprechenden Planziele (+ 32 - 34 %, + 36 - 38 %, + 31 - 33 %) deutlich verfehlt.

Dennoch tritt Albanien mit wiederum unvermindert hohen Planvorgaben ins 8. Planjahr fünf (1986-90) ein. Das Sozialprodukt soll in diesem Zeitraum um + 30 - 32 %, die Industrieproduktion um 29 % (die Produktionsgüterproduktion um + 31 - 35 %, die Konsumgüterproduktion um + 24 - 26 %) und die landwirtschaftliche Erzeugung um + 34 - 36 % ansteigen.

Das Aussenhandelsvolumen \*) soll in dieser Periode um + 33 - 37 %, die Exporte allein um + 44 - 45 % wachsen. Entsprechend wird also versucht, eher einen Handelsüberschuss als eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen.

---

\*) Vizeausserhandelsminister Ajazi beziffert es für 1985 auf etwa 1 Mia US\$, hiesige diplomatische Vertreter dagegen auf etwa 700 Mio US\$

Planungsminister Gjuzari nannte als prioritäre Entwicklungsgebiete die Ausbeutung und Weiterverarbeitung von Mineralien, die Energieproduktion (Erdöl und Hydroelektrizität) die Landwirtschaft und die Produktionsgüterindustrie. Aber auch die Leichtindustrie (Konsumgüter) soll eine deutliche Belebung erfahren. In all diesen Bereichen bestünde der Wunsch, schweizerische Ausrüstungsgüter unter der Voraussetzung zu importieren, dass die albanischen Exporte in die Schweiz im gleichen Ausmasse gesteigert werden können.

4. Dieses Begehren nach einem Gleichgewicht im bilateralen Warenverkehr, nach Kompensation der getätigten Exporte, war bei sämtlichen Gesprächen allgegenwärtig. Nach albanischer Statistik soll sich der Handel zwischen Albanien und der Schweiz in den letzten Jahren wie folgt entwickelt haben (in Mio US\$):

<u>Jahr</u>	<u>albanische Exporte</u>	<u>albanische Importe</u>
1982	2,2	8,2
1983	2,1	10,4
1984	2,3	10,0
1985	2,5	10,5
1986 (1. Semester)	1,8	5,0

Diese Zahlen differieren infolge unterschiedlicher Erfahrungskriterien (Albanien teilt seine Einfuhren bzw. Ausfuhren nicht nach Ursprungs- bzw. Destinationskriterien der Waren, sondern nach der Nationalität des den entsprechenden Verkaufs- bzw. Kaufsvertrag abschliessenden Unternehmens auf) erheblich von der schweizerischen Aussenhandelsstatistik (wobei allerdings auch diese in den letzten fünf Jahren - mit Ausnahme von 1983 - einen Ueberschuss der Schweiz ausweist).

Die schweizerische Delegation machte unmissverständlich auf die grundsätzlich negative Haltung der schweizerischen Regie-

- 4 -

rung gegenüber Kompensationsgeschäften aufmerksam (Uebergabe der Antwort des Bundesrates auf das Postulat Jaggi betreffend Kompensationshandel vom 20.6.1985). Sie verwies, wahrscheinlich mit geringem Erfolg, auf die Nachteile eines sturen Strebens nach bilateralem Handelsausgleich und hob die Besonderheiten hervor, welche im schweiz.-albanischen Handel zu einem Ungleichgewicht beitragen (Industriestruktur der Schweiz, welche weniger Rohstoffe als vielmehr bereits eine erste Transformation durchlaufene Güter importiert; wachsender Anteil des Dienstleistungssektors in der Schweiz; Präsenz von grossen Welthandelsfirmen in der Schweiz).

Obwohl albanischerseits gelegentlich geäussert wurde, dass man bezüglich Gegengeschäften nicht "dogmatisch" sei, bezog sich dies offensichtlich nur auf das Prinzip der "einzelfallweisen" Kompensation (d.h. der Vorstellung, dass jeder einzelne Importvertrag sofort durch einen wertgleichen Exportvertrag zu kompensieren sei), nicht aber auf die Forderung nach einem bilateralen Ausgleich der Handelsströme zwischen den beiden Ländern innerhalb einer gewissen Periode. Um dieses Ziel zu erreichen, strebt man albanischerseits auch den Abschluss von langfristigen Kompensationsvereinbarungen und die Entwicklung des Barterhandels (für letzteren wurde soeben die neue Aussenhandelsunternehmung ALBCOOP geschaffen) an.

Wenn die schweizerische Delegation auch keinen Zweifel an ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber einzelfallweisen und bilateralen Kompensationsförderungen liess, hob sie dennoch hervor, dass die schweizerischen Firmen selbstverständlich frei seien, ihre diesbezügliche Haltung zu definieren und dementsprechend zu handeln. In diesem Zusammenhang verdienen auch die Gespräche erwähnt zu werden, welche ein Vertreter des Schweizerischen Bankvereins mit Vertretern der

Alb. Staatsbank führte. Bei diesen Gesprächen (sie bildeten die Fortsetzung einer Diskussion, welche anlässlich eines Besuches des SBV in Tirana 1985 begonnen wurde) kam man grundsätzlich überein, dass die Albanische Staatsbank beim SBV ein Konto eröffnen wird, über welches diverse (im einzelnen noch zu definierende) albanische Zahlungseingänge und -ausgänge abgewickelt werden sollen und welches gewisse "technische Ueberziehungsmöglichkeiten" zugunsten Albanien (eigentlich Kredite, die infolge des Kreditaufnahmeverbotes in der Verfassung aber nicht als solche bezeichnet werden dürfen) vorsehen wird. Beidseitig war man sich einig, dass eine solche Vereinbarung zwischen den beiden Banken keine Abmachung zwischen den beiden Staaten zur Voraussetzung habe. Je nachdem, wie die im Detail noch auszuhandelnde Ausgestaltung dieses Kontos aussehen wird, könnte davon eine gewisse Entlastung vom Druck nach bilateraler Kompensation ausgehen. Der SBV macht sich z.Z. auch Gedanken darüber, ob mit Goldswaps (die albanischen Devisenreserven bestehen anscheinend hauptsächlich aus Gold) allenfalls das verfassungsmässige Kreditaufnahmeverbot "umgangen" werden könnte.

5. Zweiter Schwerpunkt der albanischen Begehren bildete der Wunsch nach schweizerischen Zollpräferenzen. Die albanischen Vertreter hoben hervor, dass sie sich hiervon eine spürbare Entlastung gewisser ihrer Exporte versprechen, erreiche doch die Zollbelastung auf dem Wert albanischer Waren z.B. bei Bekleidungsartikeln bis 35 % und bei Teppichen 32 - 36 %.

Die schweizerische Delegation wiederholte die bereits früher zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, dem Bundesrat entsprechend Antrag zu stellen, sobald die gegenwärtig laufende generelle Ueberprüfung unseres Präferenzschemas abgeschlossen ist (was

- 6 -

in naher Zukunft der Fall sein dürfte). Dabei gedenke man, Albanien vollumfänglich in den Genuss dieser unilateral gewährten Konzessionen kommen zu lassen. Voraussetzung für die Gewährung dieser Zollpräferenzen sei jedoch die vorgängige Erledigung von nun schon seit langem anstehenden Problemfällen (Nichteröffnung von Akkreditiven) zweier schweizerischer Firmen (siehe Ziffer 7).

6. Albanischerseits beklagte man sich auch über die restriktiven Massnahmen der Schweiz im Bereich der Importe landwirtschaftlicher Produkte, welche zur Folge hätten, dass die diesbezüglichen albanischen Exporte in die Schweiz nur etwa 1/7 - 1/6 der entsprechenden Bezüge Oesterreichs aus Albanien ausmachen würden.

Botschafter Lévy räumte ein, dass die Landwirtschaft (auch) in der Schweiz eine Ausnahme von ihrer sonst freihändlerischen Grundhaltung darstelle. Dies sei vor allem aus Gründen der Versorgung im Kriegs- und Krisenfall erforderlich. Es sei aber hervorzuheben, dass die Schweiz auch heute nur etwa 60 % ihres Kalorienbedarfs aus eigener Produktion decke und dass sie daher der grösste Importeur in Europa von landwirtschaftlichen Erzeugnissen pro Kopf der Bevölkerung sei.

7. Die schweizerische Delegation diskutierte mit Vize-Aussenhandelsminister Ajazi nachdrücklich die beiden anstehenden Problemfälle SULZER-BURCKHARDT und DEBRUNNER (Nichteröffnung von Akkreditiven für bestellte und bereits produzierte Waren) und übergab hierzu auch ein Aide-mémoire (Annex IV). Botschafter Lévy unterstrich einmal mehr, dass vor der befriedigenden Lösung dieser Fälle die Einräumung von Zollpräferenzen für Albanien nicht in Frage komme. Er erinnerte auch daran, dass derartige Fälle nachteilige Auswirkungen auf unsere gesamten wirtschaftlichen Beziehungen haben könnten, da sie anderen am Albaniengeschäft interessierten Firmen natürlich

./.

- 7 -

zur Kenntnis kommen und damit eine abhaltende Wirkung für eine Ausweitung des Handels mit Albanien zeitigen könnten. Der Schweiz liege jedenfalls viel daran, dass diese Probleme so rasch als möglich gelöst würden.

Vize-Aussenhandelsminister Ajazi machte im Falle SULZER-BURCKHARDT wiederum die Nichterfüllung der vereinbarten Teppichbezüge der Firma FASELI für die weiterhin ausstehende Abwicklung des Geschäfts mit SULZER-BURCKHARDT verantwortlich, räumte aber ein, dass dieses Geschäft in der Tat juristisch nicht mit jenem der Firma FASELI verbunden sei. Albanischerseits bestehe das Problem aber darin, dass Makinaimport intern verpflichtet gewesen sei, das SULZER-BURCKHARDT-Geschäft zu kompensieren. Da dies bisher nicht gelungen sei, habe die Staatsbank der Makinaimport die Finanzierung des SULZER-BURCKHARDT-Geschäfts gestoppt. Ajazi beklagte sich über das Verhalten der Firma FASELI, deren Vertreter die Teppiche in Albanien geprüft und deren Qualität auch akzeptiert habe, seither aber nichts mehr von sich hören liess und auch nicht mehr erreichbar sei. Ajazi sicherte zu, dass wenn die westdeutsche Firma BRINCO (sie soll nach Ajazi angeblich am Kauf von albanischem Brandy für den Reexport nach Kanada und Polen interessiert sein) die albanische Ware tatsächlich beziehe (albanischerseits sei man zur Lieferung bereit), man die restlichen Kompressoren der SULZER-BURCKHARDT sofort abnehmen werde.

Hinsichtlich des Falls DEBRUNNER sicherte Ajazi eine Bereinigung des Geschäfts "Papierwalzen BELL" bis spätestens 1. Quartal 1986 zu. Falls DEBRUNNER früher Bezüge aus Albanien tätigen könnte (AGROEXPORT scheint ihm u.a. für Medizinalpflanzen eine Offerte unterbreitet zu haben) wäre gar eine raschere Erledigung des Falles möglich. Betreffend das Geschäft "Kegelwellenritzel/Kegelräder" behauptete Ajazi, dass Makinaimport kurz nach Vertragsabschluss und somit noch vor der Produktion

- 8 -

dieser Teile wiederholt um eine Stornierung des Geschäftes gebeten, von DEBRUNNER aber nie eine Antwort erhalten habe. Ob angesichts des relativ geringen Betrages dieses Geschäftes doch nicht auch eine Bereinigung bis anfangs 1987 möglich sein wird, liess Ajazi (der erstmals von diesem Problem gehört haben will) offen. Aus Nebenbemerkungen ist zu schliessen, dass DEBRUNNER z.Z. ein sehr negatives "Image" in Albanien hat und möglicherweise für einige Zeit von Exportgeschäften nach diesem Land ausgeschlossen sein wird.

8. In allen Gesprächen wurden die Albaner darauf aufmerksam gemacht, dass die Schweiz (abgesehen vom Landwirtschaftssektor) ein für die internationale Konkurrenz offenes Land sei und dass dementsprechend in unserem Lande ein starker Wettbewerb herrsche. Um auf dem schweizerischen Markt erfolgreich zu sein, sei nicht allein das Element Preis ausschlaggebend (der kaufkraftstarke Markt akzeptiere allenfalls sogar relativ hohe Preise), sondern mindestens ebenso sehr seien Qualität, Lieferbereitschaft und Pünktlichkeit, Aufmachung, Verpackung etc. wichtig.
9. Von Bedeutung sei auch die Präsenz auf dem schweizerischen Markt: Schweizerische Importeure sind sich nicht gewohnt, ihre Lieferanten im Ausland suchen zu gehen, diese kommen vielmehr zu ihnen in die Schweiz. In diesem Zusammenhang wäre es äusserst nützlich, wenn sich nunmehr - nach Besuchen von Tscharners (1984) und Lévy's (1986) sowie mehreren Delegationsreisen der OSEC - eine albanische Delegation in die Schweiz begeben würde (ein geeigneter Moment hierfür wäre beispielsweise die nächstjährige MUBA in Basel, an der Albanien mit einem Stand vertreten sein wird). In das gleiche Kapitel falle die Frage der Eröffnung einer albanischen Vertretung in der Schweiz. Diese müsste zumindest kompetent sein, Geschäftsleuten, die sich nach Albanien begeben wollen, albanische Einreisevisen zu er-



teilen. Optimaler wäre allerdings eine Lösung, wo diese Vertretung auch noch für die Behandlung von Handelsfragen zuständig wäre.

Albanischerseits wurde sowohl seitens des Aussenhandelsministers als auch des Aussenministeriums versichert, dass man die Frage einer Vertretung in der Schweiz z.Z. prüfe und baldmöglichst eine Entscheidung treffen werde. Der Präsident der Handelskammer versprach auch vermehrte albanische Anstrengungen zur Exportförderung in die Schweiz, wofür die sehr guten Beziehungen zur OSEC (denen aus der Sicht der Handelskammer ein "besonderer Platz" zukomme) eine solide Basis darstellten. Demnächst werde man zu diesem Zwecke verschiedene Publikationen der Kammer veröffentlichen (u.a. eine Sammlung aller aussenhandelsrelevanten Vorschriften Albanien). Zudem sehe man eine Erhöhung der albanischen Präsenz an schweizerischen Messen vor (MUBA 1987; allenfalls auch gewisse Spezialmessen, wobei schweizerische Vorschläge diesbezüglich sehr erwünscht wären).

10. Wiederholt machte die schweizerische Delegation darauf aufmerksam, dass die Schweiz nicht nur im Bereich der "hardware" in der Lage sei, hohe Qualität und exakt auf die spezifischen Kundenbedürfnisse zugeschnittene Lösungen anzubieten, sondern dass dies auch für den Bereich der "software" (know how) zutrefte. Die Schweiz habe seit jeher auf die Ausbildung besonderes Gewicht gelegt und hierbei einen hohen Standard erreicht. Unser Land wäre denn auch bereit, allfällige albanische Vorschläge für eine Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zu prüfen (nach albanischen Angaben waren letzthin bereits Eisenbahn- und Zollexperten für Studienzwecke in der Schweiz).

Vize-Aussenminister Plaka, der offensichtlich der Ansicht war, dass die Schweiz (nicht Albanien) in der Folge des Besuches von Botschafter Pianca entsprechende Vorschläge unter-

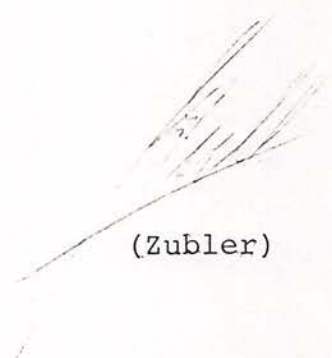
breiten würde, sagte schlussendlich zu, dass man eine Liste der diesbezüglichen albanischen Bedürfnisse zusammenstellen und der schweizerischen Seite (via Belgrad oder Wien) zukommen lassen werde (Gleiches gilt übrigens für die kulturelle Zusammenarbeit, die ebenfalls anlässlich des Besuches von Botschafter Pianca zur Sprache kam, und wo Plaka den nächsten Schritt ebenfalls aus der Schweiz erwartete.).

11. Botschafter Lévy bestätigte die Einladung von Staatssekretär Brunner für einen Besuch von Vize-Aussenminister Plaka in Bern (dieser gab der Delegation den üblichen Abriss der albanischen Aussenpolitik mit mehr oder weniger deutlichen Seitenhieben auf den jugoslawischen Nachbarn). Er bedankte sich für die zugesagte albanische Unterstützung für die Wahl der Schweiz in den Gouverneursrat der IAEA anlässlich deren 30. Generalversammlung in Wien vom 29. September 1986 und wiederholte die von Botschafter Pianca ausgesprochene Einladung für einen Besuch von 1 - 2 albanischen Journalisten in der Schweiz (auch hiervon wollte Plaka nichts gewusst haben, sagte aber zu, solche Besuche allenfalls auf die zugesagte Liste betreffend kulturelle Zusammenarbeit zu setzen). Hinsichtlich der schweizerischen Anregung betreffend Aufhebung der Visumpflicht für im jeweiligen Staat akkreditierte Diplomaten und transitierende Flugzeugbesatzungen wurde einzig mitgeteilt, dass die zuständigen Stellen in der Schweiz z.Z. an deren Konkretisierung arbeiteten und der albanischen Seite zur gegebenen Zeit einen Vorschlag unterbreiten würden.
  
12. Der Gesamteindruck des Besuches darf durchaus als positiv bezeichnet werden. Bei allen Gesprächen erhielt man den Eindruck, dass Albanien an einer Ausweitung und Vertiefung der Beziehungen zur Schweiz interessiert ist. Beim ausgeprägten "Protokollbewusstsein" der Albaner ist die Anwesenheit von

- 11 -

staatlichen Vertretern anlässlich von Delegationsreisen der OSEC zweifelslos nützlich, zur Deblockierung gewisser Probleme womöglich gar unerlässlich. In diesem Sinne rechtfertigt sich auch die bereits anlässlich des Besuches von Botschafter von Tscharner in Tirana im Herbst 1984 getroffene Abmachung, sich etwa alle 2 Jahre zu Wirtschaftsgesprächen zu treffen.

Die Gespräche haben aber auch gezeigt, dass unter den gegebenen aussenwirtschaftlichen Prämissen (Streben nach bilateralem Handelsausgleich, Ablehnung von Auslandskrediten, beschränktes Exportangebot für den hochentwickelten und anspruchsvollen schweizerischen Markt) die Entwicklungsmöglichkeiten des bilateralen Handels realistischerweise doch eher als begrenzt beurteilt werden müssen. Spektakuläre Entwicklungen sind somit nicht zu erwarten, schrittweise Verbesserungen bei ausdauerndem Bemühen (vor allem seitens Albaniens zur Erhöhung seiner Exporte) aber durchaus möglich.



(Zubler)